

Die DEGES GmbH

ist eine Gesellschaft privaten Rechts, die dem Bund und einigen Ländern gehört. Sie ist aber keine staatliche Behörde. So unterliegt sie - anders als staatliche Behörden - z.B. nicht dem Transparenzgebot und der Wahrheitsverpflichtung. Sie ist nicht dem Parlament verantwortlich und hat keine verkehrspolitische Zuständigkeit.

Sie handelt im Auftrag. Deshalb kann man mit ihr auch nicht verhandeln, welche Alternativen es zu dem von ihr geplanten Autobahnbau gibt.

Die DEGES war es, die die Grundlage gelegt hatte für falsche Behauptungen, mit denen eine Zustimmung des Bundes für den Bau der verlegten Wilhelmsburger Reichsstraße (WRS) erreicht wurde: Die neue WRS sei rechtzeitig vor der IGS 2013 fertig (jetzt gilt 2019 als Termin) und koste mit 67 Mio. Euro (jetzt sind es mindestens 235 Mio.) kaum mehr als eine Sanierung der bestehenden WRS.

Die DEGES präsentiert stolz ihr bisherigen „Beteiligungsverfahren“ in Wilhelmsburg:

So wurde 2011 die Planfeststellungsunterlagen zur WRS - entgegen dem Objektivitätsgebot - im Hinterzimmer einer groß angelegten Werbeshow ausgelegt (in Kooperation mit der Werbefirma public:news am Bertha Kröger Platz). Zur Hafenuferspanne fand 2013 ein „Wettbewerb“ für eine neue Süderelbebrücke statt, anstelle der gebotenen Information und Diskussion über die Alternativen für die Autobahn Hafenuferspanne.

Die DEGES nennt als Ziel „frühzeitige Bürgerbeteiligung, um die Chance einer Einflussnahme zu erhöhen: ‚Mitmach-Bürger‘ statt ‚Wutbürger‘“.

Wer gegen eine neue Autobahn durch Moorburg und Wilhelmsburg ist und bessere Verkehrsvorschläge hat, ist aus Sicht der DEGES ein „Wut-Bürger“, dessen Position man gar nicht beachten müsse.

Die DEGES will bei ihren Werbeveranstaltungen am 18. Januar in Moorburg und am 1. Februar im Wilhelmsburger Bürgerhaus eine Diskussion um das „Ob“ einer neuen Autobahn verhindern.